

von Gadolin, Axel

Article — Digitized Version

Die außenhandelspolitische Situation Finnlands

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Gadolin, Axel (1956) : Die außenhandelspolitische Situation Finnlands, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 11, pp. 632-636

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132378>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Trotz merklicher Wandlung der warenmäßigen Zusammensetzung der Ausfuhr wird das Schwergewicht doch noch längere Zeit bei den Agrarprodukten liegen. Die

Chinahandel der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1956

Ware	Wert in 1000 DM
Einfuhr aus China	
Insgesamt	113 116
davon:	
Därme	7 604
Eiprodukte	23 292
Honig	1 986
Hülsenfrüchte, Viehfutter	1 446
Olisaaten zur Ernährung	32 804
Pflanzenöle zur Ernährung	1 206
Tee	1 017
Wolle	3 214
Felle zu Pelzwerk	1 036
andere Felle und Häute	3 026
Federn	6 702
Borsten und „sonstige“ Rohstoffe ..	2 668
Seide	2 841
NE-Metalle	2 010
technische Öle und Fette	9 440
Ausfuhr nach China	
Insgesamt	52 406
davon:	
Stickstoffdüngemittel	25 075
Teerfarbstoffe	2 887
andere chem. Vorprodukte	6 420
Pharmazeutika	1 855
sonstige chem. Erzeugnisse	10 311
Chemikalien zus.	46 548
Sonstiges	5 858

Erzeugungspläne für die Landwirtschaft, die unter günstigen Umständen durchaus durchführbar sein dürften, sehen eine Steigerung der Gesamternten erheb-

lich über das Maß des Bevölkerungswachstums hinaus vor. Auch wenn der Ostblock ein gewisses Vorkaufsrecht behält, braucht es China also nicht notwendigerweise an der Möglichkeit zu mangeln, die Ausfuhr nach der übrigen Welt zu erhöhen — ganz abgesehen von der beginnenden Fertigwarenausfuhr. Es ist wahrscheinlich, daß nach den amerikanischen Wahlen die Frage des China-Embargos und der gesamte Fragenkomplex der China-Politik erneut diskutiert werden wird.

Chinahandel der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1955 und 1956 (Mill. DM)

1. Hj.	Einfuhr aus China als		Ausfuhr nach China als	
	Hersteller- land	Einkaufs- land	Verbrauchs- land	Käufer- land
1955	98,98	10,32	69,48	12,83
1956	113,12	17,46	52,41	8,09

Der Außenhandel der Bundesrepublik mit China einschließlich des feststellbaren indirekten Warenverkehrs erreicht etwa den zwanzigsten Teil des Warenaustausches zwischen China und der Sowjetzone — immer ohne Berücksichtigung der undurchsichtigen Preisrelationen. Das starke Vorherrschen des indirekten Verkehrs über Zwischenhandelsländer ist kaum zu begrüßen und kann als Hinweis darauf betrachtet werden, daß es zu einer realistischen Behandlung des Gegenstandes noch nicht gekommen ist.

Die außenhandelspolitische Situation Finnlands

Dr. Axel v. Gadolin, Helsinki

Man kann nicht leugnen, daß die handelspolitische Situation Finnlands für die Wirtschaftspolitik der derzeitigen Koalitionsregierung aus Agrarpartei und Sozialdemokraten schwierige Probleme aufwirft. Dieser Koalition war es seit 1951 zwar gelungen, eine vorsichtige Stabilisierungspolitik in die Wege zu leiten, aber diese Politik war mit einer wachsenden Subventionsbürde zugunsten der Landwirtschaft belastet. Außerdem wurde eine vollständige staatliche Außenhandelskontrolle und Devisenbewirtschaftung aufrechterhalten, so daß sich die Hoffnungen auf eine bevorstehende Liberalisierung nicht erfüllten. Da die Währung der Wechselkursdifferenzierung unterlag, konnten vielfach die Gewinne, die dem privatwirtschaftlich organisierten Export auf Grund der verbesserten „terms of trade“ zufließen, vom Staat abgeschöpft werden. Der Import wurde teils mit Hilfe des sogenannten Preisausgleichs, teils mit Hilfe der Kontingentierung zu bestimmten, oft protektionistischen Zwecken reglementiert. All diese Maßnahmen machten in den Jahren 1951—1955 eine gewisse Scheinprosperität möglich, wie die anwachsenden Investitionen, die Bautätigkeit und eine bessere Konjunkturlage der infolge von Neuansiedlungen erweiterten Landwirtschaft aufzeigten. Gleichzeitig gelang es, den Import durch Lizenzierung zu drosseln und dadurch die Handelsbilanz auszugleichen. Auch das inländi-

sche Preisniveau konnte mit Hilfe von Subventionen, drakonischen Mietgesetzen, Preisausgleich und finanzpolitischen Maßnahmen (z. B. den sogenannten Kinderbeiträgen) stabil gehalten werden. Näher betrachtet, erweist sich diese Stabilität aber als eine nur äußerliche Erscheinung, da der Lebenshaltungskostenindex durch verschiedene Subventionen als manipuliert betrachtet werden muß. Die vor. einem Jahr eingeleitete Importliberalisierung, an die man große Hoffnungen geknüpft hatte, bezog sich nur auf gewisse lebensnotwendige Warengruppen, deren Nachfrage-Elastizität gering ist.

SUBVENTIONEN UND PROTEKTIONISMUS

Normalerweise trägt das Ausland mit etwa einem Fünftel zur Warenversorgung Finnlands bei, wie auch rund ein Fünftel des Sozialproduktes ins Ausland verkauft wird. Diese Tatsachen zeigen die außerordentliche Bedeutung des Außenhandels für Finnland auf und machen klar, wie tief eine behördliche Regelung des Außenhandels das Wirtschaftsleben beeinflussen muß. Während aber die Ausfuhr zu rd. 80 % aus Holzveredelungserzeugnissen besteht und die restlichen Prozente sich hauptsächlich aus Metallwarenxporten nach dem Ostblock zusammensetzen, hat die Einfuhr eine sehr breite Streuung. Neben den wichtigen Rohstoffen: Kohle, Öl, Baumwolle, Wolle,

Eisen, werden Halbfabrikate, Maschinen, Apparate, Düngemittel, Kraftfutter, „südlichere“ Lebensmittel, Zucker, Obst, Gewebe u. dergl. eingeführt. Der mit Hilfe der Einfuhrkontingentierung durchgeführte Protektionismus fördert die Herstellung aller Arten von früher importierten Fertigwaren im Inland; das betrifft insbesondere die elektrotechnische Branche wie auch die Lebensmittelindustrie. Als Beispiel könnte hier auch die umfassende Subventionierung von einheimischen Ölpflanzen genannt werden. Da diese Ölpflanzen im finnischen Klima nicht besonders gedeihen, ist ein Preisausgleich, nämlich ein Aufschlag von 200 % für importiertes Kokosöl, notwendig. Auch der Zuckerrübenanbau wurde in Finnland nur durch Subventionierung möglich.

Dem weitverzweigten und komplizierten Subventionssystem wurde durch die sogenannten politischen Subventionen der fünften Regierung Dr. Kekkonens im Herbst 1954 eine zu große Last aufgebürdet. Die Konsumenten zahlten kaum die Hälfte des Butterpreises, während der Staat für den größeren Rest aufkam. Wenn man bedenkt, daß die finnische Landwirtschaft seit der Bodenreform und der Neuansiedlung der Karelier hauptsächlich auf die Viehwirtschaft ausgerichtet wurde, versteht man, was dieses Prämiengesetz für die Landwirtschaft bedeutete. Eine Folge hatte man aber nicht vorausgesehen: die damalige Herabsetzung des Butterpreises (durch die der Index manipuliert werden sollte) hat die Nachfrage dermaßen gesteigert, daß man gezwungen war, Butter aus Dänemark zu importieren. Dabei hatte man im gleichen Jahr Butter mit Exportprämien ausgeführt.

DIE LOHN-PREIS-SITUATION

Die Präsidentenwahl im Februar 1956 verschärfte die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik. Im Dezember 1955 entzog der Reichstag der Regierung Kekkonen die Vollmachten für weitere Preisregelungen. Hierdurch fiel ein Teil der landwirtschaftlichen Subventionen weg, worauf die Landwirtschaft sofort eine entsprechende Preiserhöhung durchsetzte, die den Index um 7 % in die Höhe trieb. Die Gewerkschaftszentrale reagierte mit dem Generalstreik im März und verlangte eine 10prozentige Lohnerhöhung oder ein Zurückschrauben des Index. Daraufhin trat die Landwirtschaft in Lieferstreik. Der gordische Knoten wurde in einer gewissen Panikstimmung gelöst: sowohl Gehaltserhöhungen wie Subventionen weit über die Tragfähigkeit der Wirtschaft hinaus wurden bewilligt. Den ganzen Sommer sah man den endgültigen Zusammenbruch dieses Systems sich nähern: am 19. Oktober teilte die Regierung mit, daß sie Subventionen in Höhe von 29 Mrd. Fmk (rd. 500 Mill. DM) streichen mußte, weil man sonst die Einkommensteuer hätte verdoppeln müssen.

Währenddessen war der Index auf 113 geklettert; die Preissteigerungen, die die in Wegfall geratenen Subventionen (es sind keineswegs alle) ersetzen sollen, veranlassen eine weitere Steigerung um $4\frac{1}{2}$ Punkte. Bei allen fünf Punkten hat die Gewerkschaftszentrale ein „Recht“ auf entsprechende Lohnerhöhungen für die Arbeiter. Wird man von diesem

»Fernschreiberschnell«

reagieren



muß man können,

wenn man oben sein

und bleiben will.

Dazu gehört natürlich ein Lorenz-Fernschreiber, der Bote mit Lichtgeschwindigkeit!

Die neuen Gebühren der Bundespost bieten auch neue Wege der Wirtschaftlichkeit. Lassen Sie sich doch einmal unverbindlich Angebot machen!

LORENZ

C. Lorenz AG Stuttgart



Recht Gebrauch machen, wird Finnland in einen neuen kumulativen Inflationsprozeß geworfen. Das wird die jetzige Regierungskoalition einer schweren Belastungsprobe aussetzen.

WIRKUNG AUF DEN AUSSENHANDEL

Für den Außenhandel hat die entstandene Lage überaus schwerwiegende Folgen. Dem Beschluß der Regierung, die Subventionszahlungen weitgehend einzustellen, ging die Bekanntmachung eines neuen Stabilisierungsplans eines Expertenausschusses voraus, der eine Aufhebung des Reglementierungssystems in Finnland befürwortete. Als natürliche Folgen wurden die Abwertung der Fmk und die wirkliche Liberalisierung des Außenhandels vorgeschlagen. Dazu ergriff der Präsident der Staatsbank öffentlich das Wort und erklärte, daß man unter keinen Umständen abwerten werde. Ferner teilte die Staatsbank mit, daß es in Anbetracht des großen Passivums der diesjährigen Handelsbilanz die einzig „richtige“ Methode sei, keine Importlizenzen mehr zu erteilen. Die Forderung nach derartig drastischen Maßnahmen gab Anlaß zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen.

Der Ausländer, der „nicht lebensnotwendige Waren“ nach Finnland verkauft, kann keineswegs mit normalen Handelsbeziehungen rechnen. Ein Artikel kann auf dem finnischen Markt noch so gut eingeführt sein, ein Federstrich der Lizenzbehörde bzw. der finnischen Staatsbank kann alles zunichte machen. Unter „lebensnotwendigen Waren“ versteht man den sogenannten automatisierten Import: es handelt sich um Güter, die für die Aufrechterhaltung der inländi-

schen Industrieproduktion und Landwirtschaft absolut unerlässlich sind. Diesen Herbst werden Einfuhren aus dem Ostblock bevorzugt, weil das Moskauer Verrechnungskonto für Finnland noch stark aktiv ist, während die Westvaluten mit jedem Tag knapper werden.

STAAT UND NOTENBANK

Die Einfuhrpolitik Finnlands wird gegenwärtig und in der nahen Zukunft von der Lösung des zwischen der Staatsbank und dem Staate entstandenen Konfliktes abhängen. Die Staatsbank wurde von allen Regierungen so stark überbeansprucht, daß der Notenumlauf in Finnland von 1939 bis 1955 um 2500 % gestiegen ist. Die Preissteigerung in Fmk trieb das durchschnittliche Preisniveau auf das Zwanzigfache der Preise von 1939, was mit der bekannten Parallelität zwischen Notenumlauf und Preissteigerung übereinstimmt, obwohl der „offizielle“ Lebenskostenindex nur eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um etwa 1100 % zugibt. Dieser Entwicklung wollte der scheidende Staatspräsident Dr. Paasikivi 1955 ein Ende setzen, indem er einen bekannten Bankfachmann, Herrn von Fieandt, zum Präsidenten der Staatsbank ernannte. Der neue Chef bezog sich auf die staatsrechtliche Unabhängigkeit der Notenbank, „Finlands Bank“, von der Regierung und verweigerte Staatsanleihen, die nur durch die Notenpresse zu finanzieren gewesen wären. Die Regierung half sich dadurch, daß der Obligationenkredit zum Staatsmonopol erklärt wurde, und emittierte indexgeschützte, steuerfreie Obligationen, die binnen kurzem wegen der nach dem Generalstreik sich abzeichnenden neuen Inflationswelle die Bankdepósitos abschöpfen. Die Privatbanken mußten nun, um einen vollständigen Zusammenbruch der privaten Unternehmertätigkeit in Finnland zu verhindern, auf die Notenbank mit Rediskonten zurückgreifen. In einem Jahre wuchs das Wechselportefeuille der Notenbank um 300 %, obwohl ein nahezu prohibitiver Zins debitiert wurde. Hierdurch sah sich aber die Notenbank doch zu einer ständig vermehrten Notenausgabe genötigt; in der Tat ist der Notenumlauf jetzt 29 mal so hoch wie 1939.

INFLATION UND WECHSELKURS

Obwohl die Kreditnot in Finnland gegenwärtig ein Maximum erreicht zu haben scheint, ist zu erwarten, daß die Inflation weiterschreitet, da sie politischer Natur ist. (In der Zeitspanne von 1945—1950 hat die Regierung schon einmal einen Inflationsrutsch verursacht, weil sie die für die Abfindung der Karelrier vorgesehene Vermögenstransfersteuer für konsumtive staatliche Zwecke verwendete und die Karelrier mit Indexobligationen abfand, die bis 700 % stiegen und deren Tilgungsquoten aufs neue mit Steuermitteln bezahlt werden mußten.) Schon bei dem Indexstand von 100 (im Herbst 1951) bedeutete der amtliche Kurs der Fmk eine Überbewertung von 30—40 %, der Index nähert sich jetzt 120. Es ist offenbar, daß es unmöglich ist, den Kurswert von 1951 für die Fmk heute aufrechtzuerhalten, es sei denn, daß die Einfuhrdrosselung über die Lizenzbehörde noch wesentlich verschärft würde.

In der Tat liegt der „offizielle“ Dollarkurs der Fmk nur $4\frac{1}{2}$ mal über dem Vorkriegskurs, während der sogenannte Touristenkurs der Fmk um die Hälfte höher steht, also rd. 7 mal höher ist als 1939. Rechnet man mit einer Steigerung des amerikanischen Preisniveaus um 100 % in dieser Zeitspanne, würde auch noch der Touristenkurs — der dem künftigen Abwertungskurs entsprechen dürfte — zu hoch sein. Die Möglichkeit, diesen Kurs auch bei einer Liberalisierung zu halten, kann aber dadurch begründet erscheinen, daß die finnischen Austauschrelationen im Außenhandel seit 1939 eine Verbesserung von 30 bis 40 % brachten, hauptsächlich als Folge der verbesserten Marktlage für Zellstoff und Papier. Mit aller Wahrscheinlichkeit wird diese günstige Lage fortbestehen. Daß sich der finnische Staatsbankpräsident der notwendig erscheinenden Abwertung widersetzt, kann damit erklärt werden, daß er eine Verstärkung der Inflationswelle fürchtet, und zwar dadurch, daß die Exportindustrie neuen Lohnforderungen nachgeben könnte. Ebenso ist es möglich, daß eine Abwertung die Regierung zu neuerlicher Überbeanspruchung des Staatshaushalts verleitet.

DER STABILISIERUNGSPLAN

Die erste Forderung wäre demnach: Abschaffung des Subventionssystems in allen Formen, und hier hat die Regierung schon einen Anfang gemacht. Die zweite Forderung heißt: keine Lohnerhöhungen, sondern das Hinnehmen einer Indexsteigerung von 10 bis 20 %; das wird politisch sehr schwer durchzusetzen sein. Die dritte Forderung wäre: Abbau der übertriebenen Ansiedlungsmaßnahmen und der vielfach künstlichen Ausdehnung der Landwirtschaft in Finnland; der natürliche Prozeß wäre hier der umgekehrte: Zusammenlegen der gestückelten Einheiten und eine geordnete Überführung von Arbeitskräften aus der übersetzten Landwirtschaft in andere Tätigkeiten. Die vierte Forderung hieße: Abschaffung der zahllosen Preisausgleichsmaßnahmen auf dem Binnenmarkt wie im Außenhandel. Als fünfte Generalmaßnahme käme dann die Abwertung und die wirkliche Liberalisierung des Außenhandels. Selbstverständlich setzt dieses Reformprogramm, das dem jetzt präsentierten Stabilisierungsplan entspricht, eine Abschaffung der staatlichen Geldabschöpfungsmethoden wie auch eine vernünftige Regelung des Wohnungsmarktes voraus. In Finnland ist alles im Fluß, und für viele Fehlgriffe — nicht zum geringsten Teil im Zusammenhang mit der Abfindung der Karelrier — muß nun bezahlt werden. Da sich die Wirtschaftspolitik in Finnland heute von Tag zu Tag mit schwierigen Problemen zu beschäftigen hat, ist es fraglich, ob ein großzügiges Reformprogramm durchgeführt werden kann. So oder so muß aber die Abwertung mindestens zum Frühjahr erfolgen. Bis dahin muß man mit einer großen Vorsicht bei der Lizenzbewilligung rechnen.

AUSFUHRENTWICKLUNG

Was nun die Ausfuhr im einzelnen betrifft, hatte ja der Generalstreik im März die Verschiffungen verzögert, so daß auch die Zahlungen stockten. Man rechnet für 1956 mit einer Minderung des gesamten Ausfuhrwertes um rd. 9 Mrd. Fmk (rd. 130 Mill. DM)

oder von 181 auf 172 Mrd. Fmk. Wahrscheinlich wird aber der Rückgang noch größer sein. Ende Oktober verfügte die Staatsbank über 23 Mrd. Fmk (nach Zwangskurs) Westdevisen, was etwa dem Wert der Einfuhr für sechs Wochen entspricht. Während nun die Zellstoff- und Papiernotierungen sich noch ein wenig aufwärts bewegen — die verhältnismäßig unbedeutende Holzschliffmasse ist am meisten, d. h. bis 20 %, gestiegen —, sinken die Notierungen für Sägeholz, Holzhäuser und ganz besonders für Schnittholz (bis zu 20 %). Obwohl das Ausfuhrvolumen der chemischen Holzveredelungserzeugnisse 1956 gegenüber 1955 sogar noch etwas anwachsen wird, ergibt sich durch die bedeutende Kontraktion innerhalb der mechanischen Holzveredelung mehr als ein Ausgleich. Bemerkenswert ist, daß die seit Kriegsende ausgebauten finnischen Schiffswerften, die bis jetzt hauptsächlich für den Ostblock arbeiten, in diesem Jahr einen modernen großen Eisbrecher an Schweden geliefert haben.

Die Verteilung der finnischen Ausfuhr auf die vier Ländergruppen: Sterlinggebiet, OEEC-Länder, USA und Kanada und den Ostblock blieb bisher in diesem Jahr, verglichen mit der entsprechenden Zeitspanne des Vorjahres, ziemlich konstant. Der wertmäßige Anteil des Sterlinggebiets am finnischen Export ging von 26,9 % auf 25,4 % zurück, während die USA und Kanada einen größeren Anteil aufwiesen (er stieg von 6,2 % auf 7,6 %). Der Anteil Westdeutschlands ging nur wenig zurück (von 8,3 auf 8,1 %), während die Sowjetzone ihren Anteil von 1,8 auf 2,4 % erhöhen konnte. Dafür sank der sowjetische Anteil von 20,3 auf 18,8 %, während der Ostblock im ganzen nach wie vor 28 % übernahm. Das Endergebnis des Jahres kann sich natürlich — infolge der Verschiebung der durch den Generalstreik verspäteten Transporte — noch ändern.

Wenn die Abwertung zu lange aufgeschoben wird, muß damit gerechnet werden, daß Arbeitseinstellungen in der finnischen Holzveredelungsindustrie stattfinden werden. Die mechanische Holzindustrie wird sowieso davon betroffen sein, da ihre Konjunktur schon jetzt zurückgeht. Bekanntlich fand ein bedeutender Preissturz auf dem Rohholzmarkt statt. Schon jetzt schrumpfen die Abholzungen für diesen Winter stark, und die Regierung muß — unabhängig von der sonstigen wachsenden Krisenlage — für etwa 70 000 Winterarbeitslose sorgen. Übrigens wird dieses Notstandsprogramm genau den Kosten der gesparten Subventionen oder rund 30 Mrd. Fmk entsprechen. Jede Lohnerrhöhung — die gegenwärtig infolge des steigenden Index sehr wahrscheinlich ist — bringt die Rentabilität auch der chemischen Holzveredelungsindustrie in Gefahr. Eine zu lange aufgeschobene Abwertung kann also den gesamten finnischen Außenhandel aufs Spiel setzen.

EINFUHRENTWICKLUNG

Die Einfuhr ist bis jetzt wertmäßig um etwa 15 % gegenüber der Vergleichszeit im Vorjahr gewachsen. Man berechnet zwar, daß sie für das ganze Jahr 1956 nicht mehr als 184 Mrd. Fmk betragen soll — was einem Handelsbilanzdefizit von 12 Mrd. Fmk (rund

170 Mill. DM) gleichkommen würde; es ist aber fraglich, ob nicht diese Berechnungen nach den allerletzten Geschehnissen zu optimistisch sind. Es ist natürlich möglich, daß die Lizenzierung von Importen völlig eingestellt wird, aber man sollte hoffen, daß eine solche Katastrophenpolitik vermieden werden kann. Was die Zahlungsbilanz betrifft, kann man einen Ausgleich durch eine aktive Frachtbilanz Finnlands erwarten.

Man setzte 1955 in Finnland gewisse Hoffnungen auf eine Liberalisierungsmaßnahme, die „automatisierte Lizenzierung“ genannt wurde. Diese Maßnahme bezog sich aber nur auf sogenannte lebensnotwendige Waren. Außerdem war das System von Anfang an mit vielen Nachteilen belastet: Erstens mußte der Importeur alle Lizenzformalitäten erfüllen, obwohl ein abschlägiger Bescheid nicht zu erwarten war. Zweitens mußte er bei der Lizenzbeantragung erst 10 %, dann 20 % des Kaufpreises in Fmk als sogenanntes Lizenzdepot bei der Staatsbank hinterlegen, und zwar für eine Zeitspanne von bis zu sechs Monaten. Da die Kreditkrise in Finnland schon lange akut war, überstieg das oft die finanzielle Kraft des Importeurs. Man kann ein solches System — und so wurde es in den internationalen Berichten behandelt — also keineswegs als eine Liberalisierungsmaßnahme betrachten. Infolge des Mangels auch an lebensnotwendigen Waren nach dem Generalstreik im März wurde das System im Juni 1956 etwas gelockert, indem man nunmehr den Depotbetrag auf 10 % herabsetzte und die maximale Wartezeit auf 3 Monate verringerte.

Es verhält sich aber keineswegs so, daß der finnische Importeur auf der Basis der erhaltenen Lizenz fest kalkulieren kann. Er hat wenig Nutzen von der Überbewertung der Fmk, denn er erhält die ausländische Währung zu sehr verschiedenen und manchmal auch geradezu prohibitiven Wechselkursen. Die Entscheidung über die Höhe des Wechselkurses trifft die Staatsbank von Fall zu Fall, wobei jedesmal geprüft wird, was zum „Vorteil des Landes“ sei. Schon seit Jahren wird von dem reisenden Finnländer eine Valutasteuer von rd. 50 % erhoben, wodurch der Touristenkurs der Fmk — der einzige Kurs, zu dem die Fmk tatsächlich in Wechselstuben, allerdings mit einem zusätzlichen Disagio von 10–15 %, gehandelt wird — entstand. Der Importeur aber muß unter Umständen noch viel mehr bezahlen. Der Preisausgleich macht Überpreise bis zu 200 % zu einer keineswegs ungewöhnlichen Erscheinung, so z. B. beim Import von Kokosöl. Hierdurch hat man u. a. den Preis für Margarine im Vergleich zum Ausland fast verdoppelt, damit die Butter keine Konkurrenz haben soll. Der Exporteur wiederum erhält — wie schon angedeutet wurde — immer nur einen Minimalkurs für seine dem Lande eingebrachten ausländischen Valuten.

Es ist interessant, zu beobachten, wie sich einige neue finnische Industriebranchen unter dem Einfluß dieses massiven modernen Protektionismus entwickelt haben. Der Index der industriellen Produktion (1948 = 100) betrug für das erste Halbjahr 1956 in der Lebensmittelindustrie 221, Textilindustrie 179,

Bekleidungsindustrie 200, Gummiindustrie 186, elektrotechnischen Industrie 162, für Metallerzeugnisse 190. Alle diese Industrien arbeiten zum überwiegenden Teil mit ausländischen Rohstoffen oder Halbfabrikaten und werden lizenzpolitisch geschützt. Sie müssen mit Arbeitskosten rechnen, die weit über dem internationalen Niveau liegen, selbst wenn der Touristenkurs der Fmk der Umrechnung zu Grunde gelegt wird.

Man könnte vermuten, daß eine Abwertung eine starke Belastung der Einfuhr infolge der höheren Preise für die ausländischen Währungen bedeuten

würde. Das ist aber infolge des Preisausgleichssystems keineswegs allgemein der Fall. Wahrscheinlich würde eine Abwertung den — allerdings zweifelhaft konstruierten — Lebenshaltungskostenindex nur um höchstens 5—7 % steigern. Das hat man also nicht riskieren wollen, obzwar es ohne weiteres einleuchtet, daß die Senkung der maßlos angeschwollenen Subventionen weit höhere Preissteigerungen nach sich ziehen würde. Das legt die Vermutung nahe, daß die gegenwärtige Regierung über einen staatlich-politischen Dirigismus einer kalten Sozialisierung zu arbeitet.

Zukunftspläne der französischen Wirtschaft

Alfred Frisch, Paris

Die Expansion wurde in den letzten Jahren zum Motto der französischen Wirtschaft und für zahlreiche offizielle Sachverständige fast zu einer Wunderformel. Wie so oft geriet man aus einem Extrem in das andere: die stagnierende Genügsamkeit ist plötzlich in eine wirtschaftliche Dynamik umgeschlagen, deren Ziel es ist, den seit dem ersten Weltkrieg gegenüber der Umwelt aufgelaufenen Rückstand möglichst schnell wettzumachen.

ENTWICKLUNGSETAPPEN

Den ersten Anstoß hierzu gaben 1945 Jean Monnet und sein gerade gegründetes Planungsamt. Zunächst fand er allerdings bei der Privatwirtschaft wenig Echo, und seine Aktion beschränkte sich vorwiegend auf den staatlichen Wirtschaftssektor. Eine neue Etappe begann 1950 mit dem Schumanplan, der über Nacht die französische Stahlindustrie der internationalen Konkurrenz gegenüberstellte und sie zwang, aktiv an ihrer Modernisierung und Erweiterung zu arbeiten. Ihre großzügigen Programme erregten zwangsläufig in der Privatwirtschaft Aufsehen und befruchteten sie entscheidend mit neuen Vorstellungen.

Die ausschlaggebende Veränderung brachte allerdings erst die Stabilisierungspolitik Pinays Anfang 1952, und zwar nicht direkt, sondern indirekt und unerwartet. Bis zu diesem Zeitpunkt führte die französische Industrie ein leichtes Dasein im Inflationsklima, das sich konjunkturmäßig gewissermaßen selbst erhielt. Die Stabilisierung von Preisen und Währung bereitete plötzlich normale Konkurrenzverhältnisse vor, mit der Notwendigkeit, die bequemen und automatischen Inflationsgewinne durch schöpferische Unternehmertätigkeit zu ersetzen.

Die französische Wirtschaft erlebte 1952/53 eine zwar nicht verhängnisvolle, aber doch fühlbare Deflation. Gleichzeitig begann sie, an das bevorstehende Ende einer langen Periode des Protektionismus zu glauben. Ihre Spitzenkräfte wurden daher den Argumenten des Planungsamtes, das schon lange die Rettung in der Produktionsexpansion sah, zugänglich. Die französische Privatwirtschaft entfaltete dabei eine Energie, die weit über die Erwartungen hinausging und

bisher im Ausland noch nicht genügend gewürdigt wurde. Man stützt sich in der Beurteilung der französischen Anstrengungen zu sehr auf Durchschnittszahlen, die auf eine geringere Investitionsrate als z. B. in Deutschland schließen lassen. Diese Durchschnittszahlen sind zwar richtig, vermitteln aber ein schiefes Bild. Ein Teil des französischen Produktionsapparates, vorwiegend die mehr oder weniger zum Aussterben verurteilten Klein- oder Mittelbetriebe, haben nämlich die Investitionserfordernisse noch nicht erkannt, dagegen liegen die zusätzlichen Kapitalanlagen der Großbetriebe sowie der lebensfähigen Klein- und Mittelunternehmungen weit über dem Durchschnitt.

EXPANSION UND KONZENTRATION

Man muß bedenken, daß die Modernisierung und Expansion in Frankreich Hand in Hand gehen mit einer starken industriellen Konzentration und einer strukturellen Gesundung. Die in Frankreich vorgenommenen industriellen Investitionen haben daher einen größeren Wirkungsgrad als in anderen Ländern, weil sie weniger zersplittert sind und in entscheidenden Schlüsselstellungen wirksam werden. Daher sind zahlreiche französische Großbetriebe schon jetzt in der Lage, erfolgreich jeder internationalen Konkurrenz entgegenzutreten, selbst wenn die zahlenmäßig überwiegende Masse der französischen Klein- und Mittelbetriebe über zu hohe Gestehungskosten klagt. Diese neue französische Expansionsdynamik läßt sich statistisch eindeutig belegen. Im Juli 1956 erreichte der Industrieproduktionsindex (1938 = 100) einen Rekordstand von 195 bei einer jährlichen Zuwachsrate von 9—12 % seit 1953/54.

Über die Zukunftspläne der französischen Wirtschaft veröffentlichte das staatliche Planungsamt unlängst zwei Berichte. Der erste ist eine Vorschau auf die Verhältnisse im Jahre 1965, d. h. trotz aller Gründlichkeit und Vorsicht eine statistische Spekulation mit propagandistischem Hintergrund. Man will den Expansionsglauben in der Wirtschaft lebendig erhalten und dem Einzelunternehmer begreiflich machen, daß neue Investitionen in Anbetracht einer allgemeinen Marktausweitung kein übertriebenes Risiko